



An die Arbeit! Müssiggang und Work-Life-Balance haben ausgedient

Gesellschaft



Entscheidung im letzten Spiel: Bayern ist Meister

Seite 42, 47



Nie ist der Mann gefährlicher als mit 50: Er sucht nochmals den Kick fürs Leben

Seite 21

NZZ am Sonntag

19. Mai 2019 | Nr. 20 | NZZaS.ch | Fr. 6.50 | € 6.50

Die Schweizer Behörden sperrten 60 000 Unschuldige ein

Weil sie nicht der Norm entsprachen, wurden bis 1980 Menschen weggesperrt, sterilisiert und ihre Familien zerstört. Nun liegen Zahlen vor.

Anja Burri

Sie wurden in Anstalten oder Gefängnisse gesteckt, weil sie keine Arbeit hatten, zu viel tranken, unehelich schwanger waren oder sonst nicht dem Idealbild der Gesellschaft entsprachen. Bis 1981 waren solche Zwangsmassnahmen möglich. Nun liegen erstmals Zahlen darüber vor, wie viele Menschen davon betroffen waren. Erhoben hat sie eine vom Bundesrat eingesetzte unabhängige Expertenkommission (UEK), und sie übertreffen alle Erwartungen deutlich.

Laut den Forschern wurden im 20. Jahrhundert zwischen 50 000 und 60 000 Personen ohne Gerichtsverfahren weggesperrt. «Die Zahlen, die am Montag offiziell veröffentlicht werden, zeigen, dass die administrative Versorgung in unserem Land ein Phänomen grosser Tragweite war», sagte Markus Notter, Präsi-

dent der UEK und ehemaliger Zürcher Justizdirektor (sp.). Entsprechend hoch war auch die Zahl der Einrichtungen, in denen die Männer und Frauen versorgt wurden. Die Historiker fanden insgesamt 648 Institutionen, darunter Psychiatrien, Arbeitsanstalten, Strafanstalten oder Trinkerheilstätten.

Vier Fälle, die die «NZZ am Sonntag» nachrecherchiert hat, machen deutlich, wie willkürlich, unmenschlich und aus heutiger Sicht unverständlich diese Massnahmen waren: Beziehungen wurden zerstört, Kinder den Müttern entrisen, Frauen zwangssterilisiert, Insassen mussten die dreckigsten Arbeiten verrichten.

Die Praxis war gesellschaftlich breit akzeptiert: «Es gab immer auch Opposition gegen dieses System, sie fand aber nicht genügend Unterstützung, weder von linker noch von liberaler Seite», sagte Markus Notter. «Wenn sich eine Gesellschaft bedroht fühlt, ist sie zu vielem fähig – auch zu Dingen, über die man sich im Nachhinein wundert.»

Seite 18–20

Es ist aus

Österreichs Experiment mit den Rechtspopulisten ist gescheitert. Die Regierungskoalition zerbricht an einem Enthüllungsvideo. Vizekanzler Strache (r.) tritt zurück, Regierungschef Kurz kündigt Neuwahlen an.

Seite 3, 17



ANZEIGE

SEE YOU OFFLINE!

Besuchen Sie uns in unserer neuen Zürcher Lounge an der Löwenstrasse 62.

Swissquote

Job-Boom: Freie Stellen erreichen den höchsten Stand seit der Finanzkrise

In der Schweiz sind 200 000 Stellen offen. Doch die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist weiterhin hoch.

Albert Steck, Francesco Benini

Der Arbeitsmarkt boomt. Die Zahl der ausgeschriebenen Stellen hat dieses Jahr die Marke von 200 000 erreicht. «Gross ist der Bedarf nicht nur bei Akademikern, sondern ebenso bei vielen handwerklichen Berufen», sagt Carole Kläy vom Jobradar x28. Dieser wertet alle online publizierten Stellenangebote aus. Besonders gesucht sind unter anderem Pflegefachkräfte, Elektro-

monteure, Software-Entwickler, Schreiner und Polymechaniker.

Laut einer Studie der Universität Zürich herrscht aber nicht in allen Berufen ein Mangel an Fachkräften. Bei Jobs mit tiefer Qualifikation besteht im Gegenteil ein Überschuss an Stellensuchenden, so in der Reinigung, dem Gastgewerbe und der Hauswirtschaft. Auch bei einfacheren administrativen Jobs verschärft sich das Überangebot an Arbeitskräften.

Trotz der sinkenden Arbeitslosigkeit bleibt die Zahl der Langzeitarbeitslosen daher weiterhin hoch. Derzeit sind über 90 000 Personen seit mehr als einem Jahr auf Stellensuche. Überdurchschnittlich betroffen ist die

Altersgruppe der über 55-Jährigen. Rund jeder dritte Arbeitslose zwischen 55 und 64 bleibt auch nach zwei Jahren noch ohne Stelle und wird ausgesteuert.

Damit die Betroffenen über 60 nicht in die Sozialhilfe fallen, plant der Bundesrat eine Überbrückungsrente, wie er diese Woche ankündigte. Die Kosten betragen 100 Millionen Franken. Valentin Vogt, Präsident des Arbeitgeberverbands, begrüsst den Vorstoss: «Es geht darum, dass die Gesellschaft und damit auch die Wirtschaft Verantwortung übernimmt.»

Seite 10, 29
Kommentar Seite 17

“

«Es lebt sich sehr angenehm, wenn einem das meiste schlicht egal ist. Sich nicht um die Meinung anderer zu scheren – das bedeutet Freiheit.»

Bret Easton Ellis, Autor von «American Psycho», über seinen Umgang mit Kritik. Gesellschaft

Ärzte-Exodus am Zürcher Unispital

In der Herzchirurgie des Zürcher Universitätsspitals haben seit verganginem Sommer etwa die Hälfte der leitenden Ärzte und Oberärzte gekündigt. Zusätzlich zu den gehäuften Abgängen beschäftigen die Klinik schlechte Operationsresultate. Sie haben dazu geführt, dass Herzchirurgen mit ungenügendem Leistungsausweis nicht mehr allein operieren dürfen. Mit Verbesserungen in der Aus- und Weiterbildung will das Spital laut einer Sprecherin zudem die Ursache der Qualitätsprobleme angehen. (asc./rd.)

Seite 9

«Wir müssen die Linke mit ins Boot holen»

Arbeitgeber-Präsident Valentin Vogt verteidigt die Hilfe für ältere Arbeitslose, auf die er sich mit den Gewerkschaften geeinigt hat. Die Massnahme soll die Personenfreizügigkeit mit der EU retten. **Interview: Francesco Benini**

NZZ am Sonntag: Die Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitnehmer, die keine Stelle mehr finden – was halten Sie davon?

Valentin Vogt: Diese Massnahme hat ihre Berechtigung und ist im Gesamtzusammenhang zu sehen. Im Vordergrund des Pakets, das der Bundesrat vorgestellt hat, stehen Massnahmen, die dazu beitragen sollen, das inländische Fachkräftepotenzial noch besser auszuschöpfen und so viele Menschen wie möglich im Schweizer Arbeitsmarkt zu halten.

Die Überbrückungsleistungen sind für die Arbeitgeber angenehm, denn der Staat soll dafür aufkommen.

Es geht darum, dass die Gesellschaft und damit auch die Wirtschaft Verantwortung übernimmt für Menschen, die sonst bei der Sozialhilfe landen würden. Auch das würde übrigens die Allgemeinheit bezahlen. Wir sprechen bei den geschätzten 1 600 Berechtigten von zwei Promille der Arbeitnehmer, die älter sind als 55. Es handelt sich nicht um ein Massenphänomen.

Sie kommen den Gewerkschaften entgegen, um die Personenfreizügigkeit mit der EU zu retten. Darum wird der liberale Arbeitsmarkt mit neuen Regulierungen eingeschränkt.

In den kommenden zehn Jahren werden eine Million Menschen den Arbeitsmarkt verlassen, und nur eine halbe Million Menschen rücken nach. Wir müssen das Inlandpotenzial an Arbeitskräften so gut wie möglich nutzen. Darum wollen wir unter anderem auch die Beratungsleistungen ausbauen. Andererseits wird unser Land immer auf eine gewisse Zuwanderung angewiesen sein. Darum braucht die Schweiz die Personenfreizügigkeit. Die vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahmen schränken den liberalen Arbeitsmarkt nicht ein, im Gegenteil unterstützen sie diesen.

Sie müssen als Arbeitgeber auf die Gewerkschaften zugehen, weil die SVP die Personenfreizügigkeit eliminieren will.

Wir müssen realistisch sein. Wenn wir in der Schweiz eine Mehrheit im Verhältnis zur EU erreichen wollen, reichen die Mitteparteien nicht. Wir müssen die Linke mit ins Boot holen.

Werden mit den Überbrückungsleistungen die Arbeitgeber nicht dazu ermuntert, ältere Arbeitnehmer zu entlassen? Soziale Härten würden vermieden.

Das ist weit hergeholt. Die Arbeitslosigkeit unter den über 55-Jährigen ist tiefer als unter jüngeren Arbeitnehmern. Die von den Gewerkschaften proklamierte Diskriminierung der älteren Arbeitnehmer ist ein Mythos, der nicht auf Fakten basiert. Als Unternehmer und Arbeitgeber haben wir in der Schweiz viele Freiheiten. Das Pendant zur Freiheit ist die Verantwortung. Die muss man auch wahrnehmen. Und der demografische Wandel, den viele noch nicht wahrhaben wollen, führt dazu, dass wir alle vorhandenen Arbeitskräfte brauchen werden.

Was bringt die kostenlose Standortbestimmung für 40-Jährige?

Sie ist sinnvoll. Die Arbeitnehmer sollen zum Beispiel als Resultat einer beruflichen Standortbestimmung dazu motiviert werden, eine Weiterbildung ins Auge zu fassen und damit auch arbeitsmarktfähig zu bleiben.

Über die Massnahmen, die der Bundesrat nun beschlossen hat, spricht man schon lange. Wieso kommt es gerade jetzt zum Durchbruch?

Valentin Vogt

Der 58-jährige Valentin Vogt präsidiert seit dem Sommer 2011 den Schweizerischen Arbeitgeberverband. Zuvor führte er während elf Jahren die Industrie-Gruppe Burckhardt Compression in Winterthur, bevor

er dort ebenfalls 2011 zum Verwaltungsratspräsidenten aufstieg. Vogt ist in Rapperswil-Jona im Kanton St. Gallen aufgewachsen, studierte an der Universität St. Gallen und wohnt im Zürcher Oberland.

Die Initiative ging von Bundesrätin Keller-Sutter aus. Die Masseneinwanderungsinitiative ging 2014 auch darum verloren, weil die Gewerkschaften Forderungen an uns stellten, die viel zu weit gingen. Darauf konnten wir nicht eingehen. Nun haben wir uns auf vernünftige Massnahmen geeinigt. Der neue Präsident des Gewerkschaftsbundes, Pierre-Yves Maillard, war anders als sein Vorgänger Regierungsrat. In einer Exekutive muss man Lösungen suchen, man kann nicht einfach Gewerkschaftsfunktionär sein. Das half in den Gesprächen, die wir mit den Gewerkschaften führten.

Mit den vorgeschlagenen Massnahmen räumen Sie ein, dass die Schweiz ein Problem hat mit dem Ausmass der Zuwanderung.

Alles hat seine Vor- und Nachteile. Bei der Personenfreizügigkeit überwiegen die Vorteile bei weitem. Die meisten älteren Leute, die keine Stelle mehr finden, haben nicht wegen der Freizügigkeit ein Problem. Da kommen verschiedene Faktoren zusammen wie der Ausbildungsstand, persönliche Faktoren und natürlich auch das Alter.

Wie ist Ihre Beziehung zu Karin Keller-Sutter?

Sehr gut. Ich habe sieben Jahre mit der Bundesrätin im Vorstandsausschuss des Arbeitgeberverbandes zusammengearbeitet, wo sie die Anliegen als Präsidentin der Detailhändler vertreten hat. Bundesrätin Keller-Sutter plant voraus, sie denkt strategisch und hat ein gutes politisches Gespür. Wir haben uns in den Gesprächen über das Massnahmenpaket relativ schnell gefunden.

Die Reaktionen aus der FDP fallen zum Teil negativ aus.

Das verstehe ich nicht. Ich bezweifle, ob da alle verstanden haben, um was es beim Massnahmenpaket geht: Die Schweiz soll ihr Potenzial an Arbeitskräften besser ausschöpfen. Zusätzlich konnte nach einer längeren Pause wieder eine sozialpartnerschaftliche Lösung auf Ebene der Dachverbände gefunden und hoffentlich ein Prozess in Gang gesetzt werden.

Es wurde nun vielleicht ein Weg gefunden, wie Arbeitgeber und Gewerkschaften gemeinsam für den Erhalt der Personenfreizügigkeit kämpfen. Aber vom Rahmenvertrag mit der EU wollen die Gewerkschaften nach wie vor nichts wissen. Müssen Sie weitere Konzessionen machen?

Nur die Landesregierung kann durch eine bedachte, aber konsequente Führung diesen gordischen Knoten durchbrechen. Wir erwarten eine klare Agenda für die nächsten Schritte beim Rahmenvertrag. Das Rahmenabkommen muss auch aus einer aussenpolitischen Sicht beurteilt werden. Der Bundesrat ist jetzt gefordert. Ein positives Zeichen an die EU ist aus meiner Sicht notwendig. Bei den Themen, die sich aus der Konsultation



Lobt die Initiative von Bundesrätin Keller-Sutter: Valentin Vogt, der Präsident des Arbeitgeberverbandes. (2018)



Als Unternehmer und Arbeitgeber haben wir in der Schweiz viele Freiheiten. Das Pendant zur Freiheit ist die Verantwortung.

ergeben haben, findet man aus meiner Sicht Lösungen.

Braucht es neue Verhandlungen mit der EU?

Das Grundgerüst des Rahmenvertrages steht. Es braucht Präzisierungen bei den staatlichen Beihilfen, der Unionsbürgerrichtlinie und bei den flankierenden Massnahmen. Da gibt es Klärungsbedarf. Der Bundesrat muss nun aufzeigen, welches die nächsten Schritte sind. Sonst laufen wir Gefahr, dass die EU uns mit Nadelstichen plagen wird. Für die Wirtschaft ist Unsicherheit noch schlimmer als schlechte Nachrichten.

Setzen Sie sich noch einmal mit den Gewerkschaften zusammen?

Wie gesagt, es liegt jetzt am Bundesrat, den gordischen Knoten zu durchschlagen. Das Entsenderecht vom Rahmenvertrag auszunehmen, wie das die Gewerkschaften fordern, erachte ich als unrealistisch.

Die SP und die CVP wollen zuerst die Abstimmung über die Begrenzungsinitiative der SVP abwarten und erst dann beschliessen, wie es mit dem Rahmenabkommen weitergeht. Diese Strategie wird offenbar auch von Bundesrätin Keller-Sutter unterstützt.

Ich habe Bundesrätin Keller-Sutter nie so verstanden. Das wäre aus meiner Sicht eine Hochrisikostategie. Setzt eine Kaskade von Retorsionsmassnahmen ein, wird es nur Verlierer geben. Für einen kleinen Staat wie die Schweiz ist das besonders gefährlich.

Verstehen Sie, dass die FDP eine europäische Gesamtschau fordert?

Nein, was soll das denn bringen? Der Bundesrat sollte nun dem Volk und der EU mitteilen, wie es mit dem Rahmenabkommen

weitergehen soll. Die Begleitmassnahmen zur Abwehr der SVP-Kündigungsinitiative hat der Bundesrat jetzt ja vorgestellt.

Bundesrat Maurer hat mit Präsident Trump diese Woche über ein Freihandelsabkommen gesprochen. Könnte es nun vorangehen in diesem Dossier?

Europa ist unser wichtigster Absatzmarkt, aber natürlich wäre es sehr zu begrüssen, wenn ein Freihandelsabkommen mit den USA zustande käme. Für die Schweizer Wirtschaft wäre das sehr gut.

Der letzte solche Versuch ist vor allem am Widerstand der Bauern und der SVP gescheitert. Warum soll ein Vertragsabschluss diesmal gelingen?

Die für die Bauern kritischen Themen kann man nicht in der Öffentlichkeit lösen. Es braucht zuerst Gespräche hinter verschlossenen Türen. Ansätze, wie man die Bauern ins Boot holen kann, gibt es. Die Bauern erwirtschaften 0,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts; es wäre also nicht gut, wenn sie den ganzen grossen Rest der Wirtschaft mit ihren Anliegen blockieren würden.

Nähert sich die Schweiz zu offensiv an China an? Die wirtschaftliche Expansion der Diktatur stösst im Westen zunehmend auf Skepsis.

Mein eigenes Unternehmen macht einen guten Drittel seines Umsatzes in China. Einer von fünf Bewohnern der Erde ist Chinese. China ist deshalb auch für die Schweizer Wirtschaft ein wichtiger Markt. Menschenrechtsthemen kann man nur im Dialog lösen, eine konfrontative Haltung bringt, speziell für einen kleinen Staat wie die Schweiz, nichts.



DANIEL WINKLER

Bundesrat

Die neuen Frauen lassen alte Fronten bröckeln

So stark wird selten korrigiert. Zwei wichtige Entscheide fällt der Bundesrat diese Woche, und beide Male revidierte er frühere Beschlüsse gründlich. Den Kauf neuer Kampfjets will er nun dem Volk separat vorlegen und nicht im Paket mit Abwehrraketen; zudem sollen die Hersteller der Jets nicht mehr dazu gezwungen sein, den vollen Kaufpreis mit Gegengeschäften in der Schweiz aufzuwiegen. Und zur Absicherung der Personenfreizügigkeit legte der Bundesrat unter anderem eine Massnahme vor, gegen die er sich jahrelang gesträubt hat: Wer nach 60 den Job und das Recht auf Arbeitslosengeld verliert, soll unter Umständen eine staatliche Überbrückungsleistung erhalten.

Zwei Korrekturen, zwei neue Bundesrätinnen. Nicht zufällig stehen hinter den Entscheiden die zwei Magistratinnen, die neu in der Regierung sind. Viola Amherd (cvp.) und Karin Keller-Sutter (fdp.) sind fix ins Amt gestartet. Sie haben in ihren Dossiers rasch die Weichen neu gestellt - und sorgen auch im Bundesratszimmer für eine neue Dynamik. «Die neuen Frauen tun dem Kollegium gut», sagt ein Insider aus dem bürgerlichen Lager. Und ein hoher Beamter aus einem linken Departement meint: «Die Stimmung ist wieder besser, der Bundesrat ist konstruktiver geworden.»

Selbstverständlich war dies nicht, vor allem nicht nach dem rauhen Einstieg. Schon die erste Sitzung endete ob der Departementsverteilung im Streit, und im zweiten Anlauf wurde Amherd gegen ihren Willen per Mehrheitsbeschluss ins Militärdepartement detachierte. Trotzdem scheint die Regierung heute besser zu harmonieren als zuvor. Inhaltliche Differenzen gibt es zwar auch seither immer wieder, davon zeugt laut Beobachtern eine steigende Anzahl von Mitberichten, mit denen sich die Magistraten gegenseitig in die Geschäfte hineinreden. Die Diskussionen seien aber sachlicher, konstruktiver und auch offener. «Der rechte Viererblock ist aufgebrochen worden», sagt eine Quelle und meint damit dies: Es kommt weniger vor, dass die SVP- und FDP-Bundesräte strikt ihre Linie durchdrücken, so wie es das Quartett aus Ueli Maurer, Guy Parmelin, Ignazio Cassis und Johann Schneider-Ammann letztes Jahr oft getan hat, etwa bei der Lockerung für Waffenexporte. Es werde wieder mehr verhandelt statt nach Parteibuch entschieden. Und dadurch werden mitunter überraschende Mehrheiten möglich.

So auch diese Woche: Die neue Überbrückungsrente für ältere Arbeitslose hat FDP-Bundesrätin Keller-Sutter aufgegleist, und zwar ohne Rücksprache mit den Tenören ihrer FDP. Diese reagierten auf den staatlichen Eingriff mit hörbarem Zähneknirschen. Im Bundesrat selber leistete zwar SVP-Finanzminister Maurer Widerstand, doch schon bei Parteikollege



MARCEL BIERI / KEVSTONE

Gute Stimmung: Die Bundesrätinnen Karin Keller-Sutter und Viola Amherd. (Bern, 5. Dezember 2018)

Massnahmen für ältere Arbeitslose

Überbrückungsleistung dürfte 100 Millionen kosten

Sieben Massnahmen zur «Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials» stellten die Bundesräte Keller-Sutter und Berset diese Woche vor.

- Erwachsene über 40 Jahren sollen in den Genuss einer kostenlosen Standortbestimmung durch eine Berufsberatung kommen.
- Ältere Personen, die keine Stelle finden, sollen zusätzlich betreut werden.
- Arbeitslose über 60, die ausgesteuert worden sind, sollen einfacher Zugang zu Bildungs- und Beschäftigungsmassnahmen erhalten.
- Erwachsene ab 25 sollen für einen Berufsabschluss gewisse Teile der Ausbildung nicht mehr absolvieren müssen.

- Ausserdem sind Massnahmen zur besseren beruflichen Integration von schlecht qualifizierten Ausländern und von schwer vermittelbaren Personen aus dem Asylbereich geplant.
- Am meisten zu reden gibt die Überbrückungsleistung für ausgesteuerte Arbeitslose über 60. Anspruch soll nur haben, wer weniger Vermögen als 100 000 Franken hat (200 000 Franken bei Ehepaaren). Im Jahr 2018 wurden 2657 Personen, die 60 oder älter waren, ausgesteuert. Der Bund rechnet mit Kosten von rund 100 Millionen Franken pro Jahr. Die Berechnung geht davon aus, dass 60 Prozent der ausgesteuerten Personen einen Anspruch auf die maximale Überbrückungsleistung haben.

Parmelin bröckelte dieser: Der Wirtschaftsminister brachte das Paket gemeinsam mit Keller-Sutter und SP-Mann Alain Berset ins Gremium. Nur in der Kommunikation forderte er einen anderen Akzent: Parmelin wollte die Massnahmen nicht als Reaktion auf die Begrenzungsinitiative verstanden wissen, mit der seine SVP die Personenfreizügigkeit beenden will. Er strich daher jeden Verweis darauf aus dem bundesrätlichen Communiqué - was Keller-Sutter freilich nicht daran hinderte, genau diesen Bezug vor den Medien sogleich wieder herzustellen.

Amherd fand derweil am Mittwoch eine Mehrheit für die Lockerung der strikten Kompensationsregeln, die über Jahre zur bürgerlichen Rüstungspolitik gehörten. Hier verlor Parmelin, der für die hiesige Industrie wollte, dass die Jet-Anbieter weiterhin den vollen Verkaufspreis mit Gegengeschäften im Inland kompensieren müssen.

Das Aus der alten Viererbande bedeutet indes nicht, dass der Bundesrat nun plötzlich zum Mitte-links-Gremium geworden wäre. Vielmehr ist das Machtgefüge flexibler geworden, die Mehrheiten wechseln. Und sie bremsen fallweise auch die SP-Bundesräte. So musste etwa Simonetta Sommaruga hinnehmen, dass die neue Justizministerin Keller-Sutter in der Frage

der Jihad-Reisenden in Syrien ihre ganze Vorarbeit auf den Kopf stellte und den Bundesrat auf die harte Linie einschwor: Nein, wir holen niemanden aktiv zurück in die Schweiz.

Schon dieser Entscheid vom März zeigte indes, dass Keller-Sutter drauf und dran ist, sich als neue Grossmacht in der Regierung zu etablieren. Nicht nur, dass sie politisch am ehesten zwischen dem linken und dem rechten Lager steht und damit das Zünglein an der Waage spielen kann. Die St. Gallerin legt auch unverhohlenen Gestaltung- und Führungswillen an den Tag, wie sie diese Woche an der Medienkonferenz des Bundesrats bewies: Dort sagte Keller-Sutter, die bisherigen Bemühungen zur Förderung einheimischer Fachkräfte hätten «wenig Konturen angenommen - um es einmal etwas zurückhaltend zu formulieren». Dermassen deutliche Kritik an der Arbeit der Vorgänger ist in Bundesbern, um es ebenfalls zurückhaltend zu formulieren, eher selten.

Zu spüren bekommt Kellers Einfluss nicht zuletzt der eigene Parteikollege, Ignazio Cassis. Der Aussenminister musste nicht nur zusehen, wie die neue Kollegin seinen Fahrplan in der Europapolitik durchkreuzt und beim umstrittenen Rahmenabkommen bremst. Er gilt nun noch mehr als früher in vielen

Keller-Sutter ist drauf und dran, sich im Bundesrat als Grossmacht zu etablieren.

Departementen als Sorgenkind. Cassis sei leicht beeinflussbar, seine Politik sprunghaft und unklar, lauten die Vorwürfe. Zudem führt der Tessiner mit der EU-Politik jenes Dossier, das wie kein anderes die grundlegende Kritik am Bundesrat begründet, die in den letzten Jahren immer lauter geworden ist: Die Regierung sei führungsschwach. Sie schaffe es nicht mehr, in den grossen Geschäften mehrheitsfähige Lösungen zu präsentieren. Das Bonmot der «Bundesratslosigkeit» machte die Runde.

Die Entscheide dieser Woche werden nun da und dort als Indiz gedeutet, dass sich auch dies mit der neuen Besetzung ändern könnte. Gelegenheiten für den Tatbeweis wird es genug geben: Noch vor dem Sommer wird vom Bundesrat eine Strategie für die nächsten Schritte in der Europapolitik erwartet. Und nach dem Urnengang von heute Sonntag wird sofort wieder die Debatte losgehen, wie die Renten von AHV und Pensionskassen langfristig gesichert werden können. *Stefan Bühler, Daniel Friedli*

Offene Stellen auf Höchststand

Schweizer Firmen haben 200 000 freie Stellen. Doch die Langzeitarbeitslosigkeit bleibt weiter hoch. Der Graben auf dem Arbeitsmarkt vertieft sich. **Von Albert Steck**

Gesucht wird ein Spezialist im Bereich Cyber Security. Mitbringen sollte er ein Studium als Elektroingenieur oder in Computer Sciences, zudem eine mehrjährige Berufserfahrung mit Cyber-Kenntnissen. So lautet eines der über 100 Stelleninserate, die der Wirtschaftsprüfer KPMG aufgeschaltet hat. Doch die Rekrutierung sei schwieriger geworden, sagt Personalchef Christian Kehler: «Eine Anzeige zu schalten und auf Bewerbungen zu warten, funktioniert nicht mehr. Stattdessen gehen wir direkt auf potenzielle Kandidaten zu und knüpfen erste Kontakte bereits an den Hochschulen.»

Die Zahl der offenen Stellen in der Schweiz hat dieses Jahr einen neuen Höchststand erreicht. Der von der Firma x28 publizierte Jobradar zählte im Mai nahezu 200 000 ausgeschriebene Positionen. Dies entspricht einem Zuwachs von 13% innert Jahresfrist. Damit geht eine fast zehnjährige Durststrecke am Arbeitsmarkt zu Ende. Gemäss der Beschäftigungsstatistik des Bundes erreicht das Job-Angebot nun wieder den früheren Spitzenwert vor der Finanzkrise (vgl. Grafik).

Auch Handwerker sind knapp

Am gefragtesten sind laut Jobradar die Pflegeberufe mit über 6000 offenen Stellen - noch vor fünf Jahren waren es erst 3000. Händeringend gesucht werden ebenso Elektromonteur und Software-Entwickler (siehe nebenstehende Tabelle). «Gross ist der Bedarf nicht nur bei Akademikern, sondern auch bei vielen Handwerksberufen», erklärt Carole Kläy, Projektleiterin bei x28, «das gilt namentlich für Schreiner, Polymechaniker oder Sanitär- und Heizungsinstallateure.» Der Jobradar sammelt automatisiert sämtliche ausgeschriebenen Stellen, welche auf Websites von Arbeitgebern und Personaldienstleistern zugänglich sind.

Die Universität Zürich misst nicht nur die offenen Stellen, sondern setzt diese zusätzlich in Relation zum Pool an Stellensuchenden. Daraus errechnet ein Team unter der Leitung der Soziologieprofessorin Marlis Buchmann den sogenannten Fachkräftemangelindex. Den grössten Engpass beobachtet sie derzeit bei den Treuhändern, Ingenieuren,

«Auch bei einfacheren administrativen Arbeiten im Büro und in der Verwaltung stellen wir eine Verschärfung des Überangebots fest.»

Naturwissenschaftlern sowie Informatikern. «Gemeinsam ist diesen Berufen, dass sie einen hohen Männeranteil aufweisen», erklärt Buchmann. «Offensichtlich ist es in diesen Berufen schlecht gelungen, das Potenzial an Frauen zu erschliessen, was wesentlich an den weiterhin verbreiteten Stereotypen gegenüber den technischen Berufen liegt.» Doch für solche kulturellen Veränderungen brauche es eben Zeit.

Auf die Gehälter allerdings hat der Stellenboom noch nicht abgefärbt. In den letzten beiden Jahren sind die realen, inflationsbereinigten Löhne sogar leicht gesunken. «Die Rückkehr der Teuerung führt erst mit einer gewissen Verzögerung zu höheren Löhnen», sagt Michael Siegenthaler, Arbeitsmarktexperte bei der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich, «die Arbeitnehmer müssen sich wieder daran gewöhnen, bei den Salärverhandlungen einen Teuerungsausgleich einzufordern.» Überdies gewährten die Firmen vermehrt individuelle anstelle von flächendeckenden Lohnerhöhungen. «Somit hängt das Gehalt zunehmend vom Verhandlungsgeschick des einzelnen Mitarbeiters ab.»

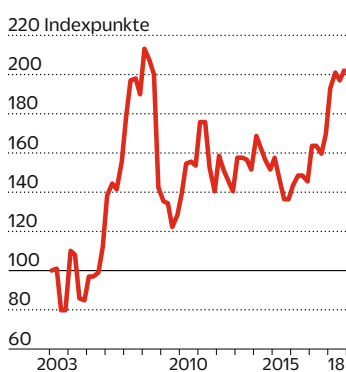
Zudem sind bei weitem nicht alle Berufsgruppen heiss begehrt auf dem Stellenmarkt. Zahlreiche Arbeitnehmer leiden vielmehr unter dem raschen Strukturwandel. Gemäss dem Fachkräftemangelindex besteht das grösste Überangebot in den Berufen der Reinigung, Körperpflege, dem Gastgewerbe, der Hauswirtschaft sowie auf dem Bau. Hier gibt es besonders viele Stellensuchende im Verhältnis zu offenen Stellen. «Vor allem diejenigen Tätigkeiten mit tiefen Qualifikationen laufen Gefahr, der Digitalisierung zum Opfer zu fallen», erklärt Buchmann. «Auch bei einfacheren administrativen Arbeiten im Büro



Pflegefachkräfte sind dringend gesucht: Die Zahl der Vakanzen hat sich in nur fünf Jahren auf 6000 verdoppelt.

Krise überwunden

Entwicklung der offenen Stellen seit 2003 (indexiert: 100 = 2003)



Quelle: BFS

Diese Berufe sind gefragt

Ausgeschriebene Stellen nach Beruf, per 15. Mai 2019

Pflegefachkräfte	6038
Elektromonteur	3793
Software-Entwickler	3460
Projektleiter	2760
Verkaufsberater	2627
Sanitärinstallateure	2261
Service-Techniker	2192
Schreiner	2143
Servicefachangestellte	2076
Polymechaniker	1896

Quelle: Jobradar / x28

und in der Verwaltung stellen wir eine Verschärfung des Überangebots fest.»

«Die Sockelarbeitslosigkeit hat in den letzten Jahren zugenommen», bestätigt ETH-Konjunkturforscher Siegenthaler. «Das bedeutet, dass ein gewisser Anteil an Arbeitnehmern sogar bei einem starken Boom keinen Job mehr findet.» Dies könnte eine Folge davon sein, dass sich die Arbeitswelt immer stärker spezialisieren und die Firmen gezielt nach Fachleuten statt nach Allroundern suchen.

Fast 100 000 Langzeitarbeitslose

Obwohl die Arbeitslosenquote in der Schweiz deutlich gesunken ist, hat sich die Lage für die Langzeitarbeitslosen kaum verbessert. Zurzeit beziffert das Bundesamt für Statistik die Zahl derjenigen, die seit länger als einem Jahr auf Stellensuche sind, auf über 90 000 - das sind nach wie vor mehr als Ende 2014. Vor allem unter den älteren Arbeitnehmern steigt der Anteil der Langzeitarbeitslosen (vgl. Box unten).

«Früher genügte es für Arbeitnehmer, wenn sie sich in ihrem Beruf à jour hielten», sagt Professorin Buchmann. Doch Stellen auf Lebenszeit gebe es kaum noch. «Stattdessen muss man bereit sein, sich allenfalls umzuschulen und in einem neuen Beruf oder einer anderen Branche Fuss zu fassen.» Umso dringlicher sei es, dass der Staat und die Wirtschaft das Angebot für Weiterbildungen ausbauen. Auch die Schulen und Berufsberater spielen eine wichtige Rolle, um die Jugendlichen vermehrt für die zukunftsträchtigen Berufe zu begeistern.

Der demografische Wandel bewirkt, dass die Engpässe auf dem Arbeitsmarkt stetig zunehmen. In den nächsten zehn Jahren gehen rund 700 000 Erwerbstätige in den Ruhestand, während lediglich 500 000 nachrücken. Somit sehen sich die Arbeitnehmer zwei gegenteiligen Trends ausgesetzt: Auf der einen Seite stärkt die Pensionierungswelle die Verhandlungsmacht der Gutqualifizierten. Umgekehrt macht die Digitalisierung viele repetitive Jobs überflüssig. Das dürfte zur Folge haben, dass sich die Kluft zwischen den Gewinnern und den Verlierern auf dem Arbeitsmarkt weiter vergrössert.

Bund will ältere Arbeitslose unterstützen

Die Benachteiligung der über 50-Jährigen erfolgt subtil

Bundesrätin Karin Keller-Sutter hat diese Woche einen Schlichterabschluss zwischen den Sozialpartnern erreicht. Mit Unterstützung der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände will sie die Lage der älteren Arbeitnehmer verbessern. Konkret sollen Arbeitslose über 60 Jahre, die nach zweijähriger erfolgloser Stellensuche aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert wurden, nicht mehr von der Sozialhilfe leben müssen.

Stattdessen erhalten sie eine Überbrückungsrente, welche sich an den Ergänzungsleistungen der AHV orientiert. Zu den Voraussetzungen zählt, dass die betroffene Person nicht mehr als

35%

der Langzeitarbeitslosen sind über 55. Vor zwei Jahren lag der Anteil bei 29%. Ältere Arbeitslose brauchen im Schnitt 100 Tage länger, um eine neue Stelle zu finden.

100 000 Fr. besitzt (Wohneigentum ausgenommen). Davon profitieren sollen zunächst 1600 Personen. Die Kosten belaufen sich auf jährlich 100 Mio. Fr., dürften später aber auf 200 bis 300 Mio. Fr. ansteigen. Zu den geplanten Massnahmen gehören weiter eine kostenlose Laufbahnberatung ab 40, ein Berufsabschluss für Erwachsene und eine bessere Hilfe für schwer vermittelbare Arbeitslose.

Doch ist diese Unterstützung überhaupt gerechtfertigt? Das Bundesgericht verpflichtet die Firmen bereits heute zu einer erhöhten Fürsorgepflicht für ältere Arbeitnehmer. Vor einer Kündigung sind daher andere

Massnahmen zu prüfen. Effektiv zeigt die Arbeitslosenstatistik, dass ältere Mitarbeiter geringfügig seltener die Stelle verlieren als die jüngeren - wobei sich die Quoten angleichen. Überdies steigt die Dauer der Arbeitslosenunterstützung ab 55 von einhalb auf zwei Jahre.

Wer aber in diesem Alter eine Stelle sucht, muss deutlich höhere Hürden überwinden. Im Schnitt dauert die Arbeitslosigkeit rund 270 Tage, gegenüber 170 Tagen bei den Jüngeren. Der Anteil der über 55-Jährigen an den Langzeitarbeitslosen, welche mehr als ein Jahr auf Stellensuche sind, ist seit 2016 von 29 auf 35% gestiegen. Rund

jeder dritte Arbeitslose zwischen 55 und 64 bleibt auch nach zwei Jahren ohne Stelle und wird ausgesteuert. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger in dieser Alterskategorie hat seit 2010 von 17 000 auf 27 000 zugenommen.

Zwar verzichten die allermeisten Stelleninserate auf eine Altersangabe. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) beobachtet allerdings, dass Bewerber häufig systematisch nach ihrem Alter gefiltert werden - meist automatisch per Computer. So hätten ältere Stellensuchende oft keine Chance, zu einem Vorstellungsgespräch zu kommen, heisst es in einem Bericht des Seco. **Albert Steck**

BUND WILL ÄLTERE ARBEITSLOSE UNTERSTÜTZEN

Die Benachteiligung der über 50-Jährigen erfolgt subtil

Bundesrätin Karin Keller-Sutter hat diese Woche einen Schulterschluss zwischen den Sozialpartnern erreicht. Mit Unterstützung der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände will sie die Lage der älteren Arbeitnehmer verbessern. Konkret sollen Arbeitslose über 60 Jahre, die nach zweijähriger erfolgloser Stellensuche aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert wurden, nicht mehr von der Sozialhilfe leben müssen.

Stattdessen erhalten sie eine Überbrückungsrente, welche sich an den Ergänzungsleistungen der AHV orientiert. Zu den Voraussetzungen zählt, dass die betroffene Person nicht mehr als 100 000 Fr. besitzt (Wohneigentum ausgenommen). Davon profitieren sollen zunächst 1600 Personen. Die Kosten belaufen sich auf jährlich 100 Mio. Fr., dürften später aber auf 200 bis 300 Mio. Fr. ansteigen. Zu den geplanten Massnahmen gehören weiter eine kostenlose Laufbahnberatung ab 40, ein Berufsabschluss für Erwachsene und eine bessere Hilfe für schwer vermittelbare Arbeitslose.

Doch ist diese Unterstützung überhaupt gerechtfertigt? Das Bundesgericht verpflichtet die Firmen bereits heute zu einer erhöhten Fürsorgepflicht für ältere Arbeitnehmer. Vor einer Kündigung sind daher andere Massnahmen zu prüfen. Effektiv zeigt die Arbeitslosenstatistik, dass ältere Mitarbeiter geringfügig seltener die Stelle verlieren als die jüngeren – wobei sich die Quoten angleichen. Überdies steigt die Dauer der Arbeitslosenunterstützung ab 55 von eineinhalb auf zwei Jahre.

Wer aber in diesem Alter eine Stelle sucht, muss deutlich höhere Hürden überwinden. Im Schnitt dauert die Arbeitslosigkeit rund 270 Tage, gegenüber 170 Tagen bei den Jüngeren. Der Anteil der über 55-Jährigen an den Langzeitarbeitslosen, welche mehr als ein Jahr auf Stellensuche sind, ist seit 2016 von 29 auf 35% gestiegen. Rund jeder dritte Arbeitslose zwischen 55 und 64 bleibt auch nach zwei Jahren ohne Stelle und wird ausgesteuert. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger in dieser Alterskategorie hat seit 2010 von 17 000 auf 27 000 zugenommen.

Zwar verzichten die allermeisten Stelleninserate auf eine Altersangabe. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) beobachtet allerdings, dass Bewerber häufig systematisch nach ihrem Alter gefiltert werden – meist automatisch per Computer. So hätten ältere Stellensuchende oft keine Chance, zu einem Vorstellungsgespräch zu kommen, heisst es in einem Bericht des Seco. Albert Steck